

<b>Antrag des Ausländerbeirats</b>	Vorlagen-Nr.: <b>VO/7185/2019</b>
	Status: öffentlich
	Datum: 12.12.2019

Beratungsfolge:		
<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Sitzung ist</b>
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

**Antrag des Ausländerbeirates betr.: Ausländerbeiräte als demokratische Interessensvertretung beibehalten**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Die Ausländerbeiräte erfüllen eine wichtige Aufgabe in der Interessensvertretung der ausländischen Mitbürger\*innen in Marburg und hessenweit.

- Die Stadtverordnetenversammlung würdigt ausdrücklich diese Arbeit als unverzichtbar für ein gemeinschaftliches Zusammenleben.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) beizubehalten und wie bisher die Wahl von Ausländerbeiräten durchzuführen.
- Die im Gesetzesentwurf zur Novellierung der HGO vorgesehene Optionsregel ist abzulehnen, denn sie mindert die demokratischen Rechte der Ausländervertretungen und nimmt ihnen die öffentliche Stimme.
- Die Stadt unterstützt die Durchführung der Wahlen zum nächsten Ausländerbeirat.
- Der Magistrat wird aufgefordert diese Position gegenüber der Landesregierung zu vertreten.

Begründung:

Der Ausländerbeirat hat in seiner Sitzung am 11.12.2019 den Gesetzesentwurf „Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften“ erörtert und befürchtet, dass die Wirkungsmöglichkeiten von Beiräten in Hessen stark eingeschnitten werden. Da das Gesetz bereits zur ersten Lesung vorgelegt wurde, ist der Antrag dringlich.

**Goharik Gareyan**

**Aladin Atalla**

